EUROPÄISCHES PARLAMENT 2009 – 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2011/2113(INI)

20.10.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu dem Thema „Handel für Wandel: Die Handels- und Investitionsstrategie der EU für den südlichen Mittelmeerraum nach den Revolutionen des Arabischen Frühlings“
(2011/2113(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Godelieve Quisthoudt-Rowohl

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

A. in der Erwägung, dass die Union nach Artikel 8 des Vertrags über die Europäische Union besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft entwickelt, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet;

B. unter Hinweis auf alle vom Parlament angenommenen Entschließungen im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling zur Religions-, Glaubens- und Gewissensfreiheit als grundlegende und universelle Werte, die für die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind;

1. bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung für die legitimen Forderungen nach Demokratie, die die Bevölkerung in mehreren Ländern in der südlichen Nachbarschaft der EU zum Ausdruck gebracht hat; fordert die Übergangsregierungen auf, so rasch wie möglich einen friedvollen Übergang zu einer echten Demokratie herbeizuführen; fordert die staatlichen Stellen der einzelnen Länder auf, das Recht ihrer Bevölkerung auf friedliche Demonstrationen zu achten und von jeglichen gewaltsamen Repressionen Abstand zu nehmen;

2. weist erneut auf die Bedeutung der Toleranz für eine stabile Gesellschaft hin und fordert die im politischen Übergang begriffenen Länder auf, alle Grundrechte in vollem Umfang zu achten, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Religions-, Gewissens- und Gedankenfreiheit aller Bürger, zu denen auch die Mitglieder der Gemeinschaften koptischer Christen zählen;

3. begrüßt den auf die jeweiligen Partnerländer zugeschnittenen Ansatz in der Gemeinsamen Erklärung der Kommission und der Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin (VP/HR) mit dem Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“; fordert den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, ausführlicher darzulegen, wie Grundsätze wie die gegenseitige Rechenschaftspflicht und die Konditionalität („mehr für mehr“) in die Praxis umgesetzt werden;

4. begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung der Arbeitsgruppe EU-Tunesien, der ersten Arbeitsgruppe, die mit einem Land des südlichen Mittelmeerraums mit dem Ziel eingesetzt wurde, für eine bessere Koordinierung der europäischen und internationalen Unterstützung für den Wandel des Landes zu sorgen; begrüßt die Einbeziehung des Parlaments in die erste Sitzung; fordert die VP/HR und die Kommission auf, das Parlament als Beobachter auch weiterhin in diese und künftige Initiativen einzubeziehen;

5. fordert die Kommission auf, eine Strategie anzunehmen, mit der ihre Rolle als Investor gestärkt wird, indem spezifische Leitlinien für verantwortungsvolle Investitionen ausgearbeitet werden, die darauf abzielen, gesellschaftliche Ungleichheiten und territoriale Unterschiede zu verringern und die Diversifizierung des örtlichen

Wirtschaftsgefüges zu fördern, und betont, dass die EU dem Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen im Rahmen des Ausbaus der Handels- und Finanzbeziehungen mit ihren südlichen Partnern höchste Priorität einräumen sollte;

6. begrüßt den fairen und transparenten Ablauf der Wahlen, die vor kurzem in Tunesien stattgefunden haben und ein guten Bespiel für andere Länder der Region bieten; betont die Bedeutung freier und fairer Wahlen für die Gestaltung integrativer, transparenter und demokratischer Gesellschaften, wodurch der Boden für mehr Stabilität bereitet wird, die wiederum eine notwendige Voraussetzung dafür ist, internationale Investitionen anzuziehen und ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen.